

Protokoll:

Renate Michel trägt eine Präsentation zum Thema Fördermöglichkeiten im Bereich Mobilität vor.

Dr. Kleemann (Bündnis 90/Die Grünen) möchte gerne wissen, welche Fördermittel seitens der Stadt im Bereich Mobilitätsstationen (bspw. Fahrradparkhaus) beantragt wurden und wie der Stand der Arbeiten ist.

Herr Flöck führt aus, dass das von Frau Michel vorgestellte Förderprogramm den Nachteil geringerer Förderquoten im Vergleich zu anderen Förderprogrammen (90 % bis 100%) hat. Daher hat die Verwaltung für ihre Maßnahmen andere Fördertöpfe ausgesucht mit höheren Fördermitteln. Hierzu führt er einige Beispiele auf.

Herr Bialk (Bündnis 90/Die Grünen) spricht die Machbarkeitsstudie für die BUGA 2029 an, bei der er den Klimaschutzaspekt vermisst. Im Hinblick auf den Beschluss des Klimanotstandes muss die Stadt Koblenz seiner Ansicht nach aktiver und fordernder auftreten. Er äußert den Wunsch, dass die Koblenzer Maßnahmen auf Klimaneutralität hinauslaufen. Evtl. kann dies in einem gesonderten Arbeitskreis behandelt werden.

Herr Oberbürgermeister Langner stellt klar, dass die BUGA keine Veranstaltung der Stadt Koblenz ist, daher können hier keine Forderungen gestellt werden. Das Konzept wurde von der BUGA GmbH erstellt. Herr Oberbürgermeister Langner sagt zu, das Thema mit in den Aufsichtsrat zu nehmen. Vor dem Sommer wird es einen BUGA-Ausschuss geben, wo auch das Thema Klimaschutz thematisiert wird. Hier wird es Raum für gute Ideen, Vorschläge und Projekte geben. Evtl. kann das Thema BUGA in der Klimaschutzkommission aufgegriffen werden, dies müsse jedoch gesondert besprochen werden.

Herr Neitzel (WGS) spricht die seit Jahren stillliegende Bahnstrecke zwischen Bassenheim und Koblenz an und möchte von Herrn Flöck wissen, warum es hier trotz mehrerer Anträge noch keinen Radweg gibt.

Herr Oberbürgermeister Langner führt hierzu aus, dass sich der Stadtrat zu einer Erweiterung des Radweges nicht entschieden habe. Es wurden auch Untersuchungen durchgeführt, inwiefern die Aktivierung der Bahnstrecke sinnvoll ist um bspw. Industriegüter zu transportieren. Würde die Bahnstrecke zugunsten des Radweges entwidmet, wäre die Schienennutzung damit komplett ad acta zu legen.

Herr Flöck ergänzt, dass neben den von ihm vorab angeführten Maßnahmen, für die Fördergelder beantragt wurden, noch viele weitere Maßnahmen umgesetzt werden. Der Stadtrat habe zur vorliegenden Thematik gemeinsam mit dem Schienenpersonenzweckverband Nord eine Machbarkeitsstudie beantragt. Es habe sich gezeigt, dass im Unterschied zu vor 5/6 Jahren, sich nun einige vorstellen können, sich an den Bahnverkehr anzuschließen. Selbst wenn die Schienen entfernt werden würden, würde es immer eine Auflage geben, dass die Trasse erhalten werden müsse. Deshalb wurde untersucht, ob nicht ein Radweg neben der Bahnstrecke realisiert werden könnte. Soweit die Machbarkeitsstudie fertig ist, wird die Sache dem Stadtrat vorgelegt und alles Weitere entschieden.

Dr. Kleemann (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob nur Kommunen die Fördermittel für Fokuskonzepte beantragen können und ob es zwingend neue Ansätze sein müssten.

Laut Frau Michel müssen es keine besonders innovativen Projekte sein. Vielmehr müssen diese dazu geeignet sein, mit den getätigten Investitionen möglichst viel CO2 einsparen zu können. Antragsteller können auch Kirchen, Vereine, Verbände etc. sein.

Herr Hennchen (FDP) fragt, ob es bei der Stadtverwaltung eine zentrale Stelle gibt, die europäische Fördermöglichkeiten in den Blick nimmt.

Laut Herr Flöck ist es zumindest im Hinblick auf das Baudezernat Aufgabe des Fachamtes nach einem geeigneten Förderprogramm Ausschau zu halten.